

## Sitzung des Abgeordneten- hauses.

### Ein Stück Invalidenfürsorge.

Das Abgeordnetenhaus zog gestern das Gesetz betreffend die Gewährung von Zuwendungen an Mannschafspersonen, deren Angehörige und Hinterbliebene in Beratung. Die Debatte wurde vom Berichterstatter Glöckel (deutscher Sozialdemokrat) eingeleitet, der ausführte, es handle sich da um einen Gesetzentwurf der Invalidenfürsorge und der Fürsorge für die Angehörigen invalider Soldaten; das Gesetz ist auf der Beurteilung der Erwerbs- und Arbeitsunfähigkeit aufgebaut. Der Rentenbezug beginnt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Prozent. Es handelt sich um eine durchschnittliche Aufbesserung von 380 Prozent, um Aufbesserungen, die das Achtfache und Dreifache bedeuten. Die Entscheidung über die Anerkennung der Erwerbsfähigkeit liegt bei den Superarbitrierungskommissionen, deren Gutachten vielfach sehr anfechtbar seien. Der Referent verlangt deshalb die Schaffung einer Ueberprüfungsstelle und eine Rekursinstanz.

Sodann befürwortete der Landesverteidigungsminister FML. v. Czapp das Gesetz. Er betonte, daß das Militärversorgungsgesetz in vorausichtlich kurzer Zeit von der Regierung eingebracht werden dürfe; bis dahin sei es mit Rücksicht auf die Lennerung geboten, eine entsprechende Erhöhung der Beiträge eintreten zu lassen, wie es die in der Vorlage normierten Zuwendungen sind. Diese sind im Falle der Bedürftigkeit der Invaliden nach dem Grade ihrer Erwerbsfähigkeit und ihrem Wohnsitz abgestuft und betragen monatlich 30 bis 90 K., überdies auch für jeden ihrer Angehörigen 30 bis 60 K. und im Falle des Todes für jeden Hinterbliebenen 48 bis 60 K. Es wird daher beispielsweise bei einem Familienstande von Ehefrau und drei Kindern die Zuwendung für den Invaliden und seine Familie 150 bis 330 K. monatlich betragen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Minimalbetrag von 150 K. nur bei einer Verminderung der Fähigkeit des Invaliden zur Ausübung des früheren Berufes um 20 bis 39 Prozent in Betracht kommt.

### Die Herrenhausdebatte.

Die weitere Debatte beschäftigte sich zumeist nur wenig mit dem Gegenstande, sondern fast ausschließlich mit den Fragen der politischen Situation. So polemisierte der erste Redner, der tschechische Sozialdemokrat Abg. Nemec, gegen die Ausführungen der Herrenhausmitglieder, die sich anmaßen, im Namen des Volkes zu sprechen und als Kriegsheker zeigten. Darauf erwiderte der deutschösterreichische Abg. Hartl, daß im Herrenhause mannhafte Worte gefallen, die beim weitaus größten Teile des deutschösterreichischen Volkes begeisterte Zustimmung, dagegen die Ausführungen des Hofrates Lammasch enttäuschte Zurückweisung finden werden. Von sozialdemokratischer und tschechischer Seite wurden bei diesem Anlasse Zwischenrufe gemacht, wie: „An die Front mit Pattai! Das ganze Herrenhaus soll an die Front!“, während dem Abgeordneten Hartl vom tschechischradikalen Abgeordneten Kallina zugerufen wurde: „Gehen Sie in die Schützengräben, Sie Mörder!“ Der christlichsoziale Abg. Dr. Ferzabek wieder polemisierte gegen die deutschen Sozialdemokraten wegen der Verweigerung der Kriegskredite, worauf der Abgeordnete Forstner erwiderte, die Behauptung, daß die deutschen Sozialdemokraten durch die Ablehnung der im Budgetprovisorium enthaltenen Kriegskredite auch gegen die Bewilligung der Mittel für die Unterhaltsbeiträge stimmen und besonders die Auszahlung der Invalidengebühren nicht bewilligen, entspreche nicht den Tatsachen. Seine Partei habe immer noch die Mittel, die für die Bevölkerung notwendig sind, bewilligt. Wofür sie

aber nicht stimmen könne, das seien die Mittel zur Durchführung dieses entsetzlichen Krieges.

### Die Wiener Erdäpfel.

Dann sprach Abg. Kallina, der gleichfalls auf die Herrenhausdebatte zurückgriff und insbesondere gegen den gewesenen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Pattai loszog, der in einer Zeit, da wir dem Verhungern nahe sind, solche Kriegshekerreden halte. Bei diesen Worten wies er eine Schlüsselkartoffeln vor, die er als schlecht bezeichnete, aber doch die Hauptnahrung der Bevölkerung bilden. Es sind, sagte er, Wiener Erdäpfel. Der nationalsozialistische Tschech Lijh legte die Schlüssel auf den Pflaß des Ministerpräsidenten, von wo sie ein Saaldienner wieder wegnimmt, um sie wieder dem Redner zurückzugeben.

Auch der folgende Redner befaßte sich mit den Herrenhäusern, die er als kriegshekerisch bezeichnete. Redner erklärte, daß die Völker weder einen gewaltsamen Einmarsch in die Ukraine, noch eine Vergewaltigung Rumaniens wünschen, wie dies im Herrenhause verlangt wurde, sondern einen solchen Frieden im Osten, der der Welt einen Ausblick auf den allgemeinen Frieden bietet. Es müßte, sagte er, ein Wort gegen die Herren aus dem Herrenhause gesagt werden im Interesse der Volksvertretung, die allein berufen ist, in diesem Staate den Willen und die Meinungen der Völker zum Ausdruck zu bringen, die sich ein für allemal verbietet, daß abgetatete Szekelknezen, abgetatete Grafen und Barone in ersten Fragen des Lebens der Völker und der Verwüstung dieses Staates irgendein Wort dreinreden.

Nach einer Befürwortung des Gesetzes durch den slowakischen Gostinear, der natürlich auch gegen das Herrenhaus sprach, wurden die Ausschufsanträge in zweiter und dritter Lesung zum Beschlusse erhoben, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die nächste Sitzung findet Dienstag, 11 Uhr vormittags, statt.